

Das braune Herz Deutschlands.

Am Morgen des 09. Februar 2014 stürmten 15-20 vermummte, teils mit Schlagringen ausgestattete, Neonazis in die Nachfeier des Ballstädter Kirmesvereins. Sie schlugen sofort und mit äußerster Brutalität auf die letzten noch circa 10 verbliebenen männlichen Gäste ein. Die 10 anwesenden Frauen konnten sich geistesgegenwärtig in einen Nachbarraum flüchten. Der Angriff dauerte 2 Minuten. Der Saal wurde teilweise demontiert und noch schlimmer: 10 Menschen wurden verletzt, 2 von ihnen so schwer das ein mehrtägiger Krankenhausaufenthalt nötig war. Der Angriff ging von der Geburtstagsfeier von Tony Steinau, einem der Bewohner des „gelben Hauses“, aus. Das „gelbe Haus“ in Ballstädt ist das Nachfolgeprojekt der „Hausgemeinschaft Jonastal“ aus Crawinkel, einem Veranstaltungs- und Wohnprojekt der militanten Kameradschaftsszene. Dieser Vorfall ist jedoch weder ein tragischer Einzelfall, noch stellt die Brutalität oder das organisierte Vorgehen eine neue Qualität rechter Gewalt dar. Der gravierendste Unterschied ist wohl die Opfergruppe: In Ballstädt traf es keine Asylbewerber_innen, Migrant_innen, Punks oder all die anderen klassischen Opfergruppen, an denen Neonazis in der Regel ihren Hass auf alles undeutsche freien Lauf lassen. In Ballstädt traf es die „normale deutsche Jugend“, möglicherweise der Grund für das schier endlose Interesse der Lokalmedien für diesen Vorfall. Während es der Vorfall von Ballstädt bis in den Landtag geschafft hat und nahezu täglich neue Zeitungsartikel erscheinen, herrscht eisernes Schweigen bezüglich der Vorfälle in Waltershausen. Neonazis die drohen Flüchtlingsheime abzufackeln sind keine Zeile wert. Vielleicht zu „alltäglich“ oder zu schlecht fürs Image.

Erst im November 2013 wurde das alternative Wohnprojekt JU.W.E.L. e.V. in Gotha von rechten Ultras der BSG Wismut Gera angegriffen. Größere Schäden oder das Eindringen ins Haus konnten nur durch schnelles Handeln der Bewohner_innen verhindert werden. Die Polizei stand in sicherer Entfernung und beobachtete das Geschehen. Erst als die Bewohner_innen das Eintreten der Tür durch aktive Gegenwehr verhinderten griff die Polizei ins Geschehen ein, und drängte die BSG-Anhänger vom Haus weg. Im Nachhinein verdrehte die Staatsgewalt die Sache natürlich wieder und schob die Schuld auf die ach so gewalttätigen „Linksextremen“. Auch eine Möglichkeit von dem eigenen Versagen abzulenken. Dieser Vorfall ist nur einer von unzähligen Angriffen welche ständig gegen Wohnprojekte oder linke Freiräume begangen werden.

Das Wohnprojekt Gerberstraße 1/3 in Weimar wurde erst im Januar Opfer eines Naziangriffs. Nach Ende einer Veranstaltung betraten 5 Nazis, mehr oder weniger „verkleidet“, das Haus. Nachdem sie einen Besucher rassistisch bedroht und körperlich verletzte hatten, flohen sie schließlich. Das Opfer bedrohten sie später im Krankenhaus erneut. Als der Geschädigte die Polizei nach der Behandlung fragte ob sie ihn nach Hause fahren könnten, da er mit weiteren Übergriffen zu rechnen hätte, entgegneten diese ihn nur: „Wir sind doch kein Taxiunternehmen.“ Zuletzt marschierten zudem rund 80 Neonazis aus ganz Mitteldeutschland durch die „Klassikerstadt“ Weimar um den Opfern der alliierten Luftangriffe zu gedenken.

Auch die Antifaschist_innen der Landeshauptstadt Erfurt haben es mit einer ganz neuen Dimension von organisierter Nazistruktur zu tun. Im Erfurter Süden etabliert sich mit der so genannten „Kammwegklaus“ ein Neonazitreffpunkt. Dort gibt es alles, was das "nationale Herz" höher schlagen lässt. Eine Kneipe, in der zuletzt Silvester „nationale Liedermacher“ ihr Unwesen trieben, den Neonaziladen „Patriot“ vom neuen Kreisvorsitzender der NPD Erfurt-Sömmerda und Neonazihool Enrico Biczysko, und neuerdings auch ein NPD Bürgerbüro. Letzteres wurde Ende Januar 2014 mit einer Lesung von Udo Voigt eröffnet. Bei einem antifaschistischen Stadtrundgang am 08. Februar 2014 wurden die Teilnehmer_innen aus der Kneipe heraus verbal bedroht. Dort wo sich die militante Neonazi-Szene häuslich einrichtet besteht immer eine hohe Gefahr von Übergriffen. Ob zufällig im Nachgang von

Veranstaltungen, oder als geplanter und organisierter Angriff. Im Umfeld solcher Einrichtungen herrscht oft ein Klima der Angst für alle Menschen die optisch nicht ins Weltbild der Neonazis passen, oder solche die sich gegen Neonazis engagieren und das dummerweise unvermummt machen.

Deutsche Zustände

Dass die Nazis nicht nur eine Randerscheinung sind, sondern aus der rassistischen Mitte der deutschen Gesellschaft hervorgehen, wird dabei oft vom bürgerlichen Spektrum vergessen. Faschismus und Rassismus finden ihren Ursprung im kapitalistischen System. In einer auf Konkurrenz und Profitstreben basierenden Gesellschaftsordnung bleibt es eben nicht aus, dass diese Konkurrenz ihre Zuspitzung in der Diskriminierung von allem Fremden, also direkten Konkurrenten, oder vermeintlich überflüssigen Mitmenschen, also Obdachlosen, Arbeitsunwilligen oder Menschen mit Behinderungen, findet. Von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert und ausgegrenzt, und von dem militanten rechten Arm eben dieser Mehrheitsgesellschaft durch die Straßen gejagt. Gleichzeitig müssen wir uns auch gegen gesellschaftliche Normalzustände wie Antisemitismus und Patriarchat stellen, nicht zuletzt um den Rückfall in die faschistische Barbarei zu verhindern.

Dass dies leider kein Konsens in der Gesellschaft ist, zeigt sich unter anderem beim Umgang mit Flüchtlingsunterkünften. Sobald auch nur bekannt wird, dass es eventuell eine neue Unterkunft für Flüchtlinge im Ort XY geben könnte, organisiert sich rasch deutscher „Widerstand“ bei dem die NPD immer mitmischt. Am Beispiel Beichlingen (bei Sömmerda) ist dies deutlich zu sehen. Neben einer xenophoben „besorgten“ Bürgerbewegung, ließ die NPD, nach dem ersten Bekanntwerden einer möglichen Unterkunft tausende Flugblätter drucken und verteilte diese im gesamten Kreis Sömmerda. Damit stoßen sie beim Opferdeutschen natürlich auf offene Ohren.

Einen Schritt weiter sind da die Nazis in Greiz. Dort gibt es bereits eine Unterkunft. Die Bewohner_innen mussten Ende letzten Jahres jeden Freitag einen „Fackelmarsch“, rassistischer Wutbürger und organisierter Neonazis aus dem Umfeld der freien Kameradschaften und der NPD, ertragen. Die Untergekommenen werden statt mit offenen Armen mit Fackeln und „Wir sind das Volk“-Rufen empfangen. Ganz bewusst werden Ängste geschürt, Lügen verbreitet und die Gewaltexzesse der frühen 90er stehen als latente Drohung im Hintergrund.

So wie in Greiz finden sich momentan in Waltershausen NPD, Prügelnazis und Wutbürger zusammen, um gemeinsam gegen das Heim für Geflüchtete vorzugehen. Für Wieschke und die NPD stellt das wohl den Wahlkampf-Auftakt dar, die Thor-Steinar-Fraktion darf ihre angestauten Aggressionen raus lassen. Und der rechte abstiegsgeängstigte Pöbel kann sich der vermeintlichen Überlegenheit gegenüber diesen unbekanntem Zugezogenen versichern. So abstoßend so ein „rechter Bürgerprotest“ auch auf den ersten Blick ist, lohnt sich doch eine genaue Betrachtung. Da findet zusammen was zusammen gehört. Wenn in Schneeberg Tausende hinter der NPD herlaufen, zeigt das mit was für einer Gesellschaft wir es zu tun haben. Solchen Situationen ist mit Antifa-Demos leider nicht beizukommen. Sicherlich ist es für die Geflüchteten schön wenn sie sehen das da nicht nur Leute sind die gegen sie protestieren, aber unsere Solidarität darf sich nicht auf die Teilnahme an Demos oder Kundgebungen beschränken.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 20. auf den den 21. Juli 2013 in Arnstadt. In jener Nacht warfen die beiden Bundeswehrsoldaten Florian Schebaum und Florian Probst aus

Arnstadt, Feuerwerkskörper vor das Asylbewerberheim in der Ichtershäuser Straße, beleidigten die Bewohner_innen mit fremdenfeindlichen Beschimpfungen, zeigten den Hitlergruß und demolierten die Kamera, welche am Haus angebracht war, mit einer Zaunslatte. Probst wurde vom Arnstädter Amtsgericht freigesprochen. Lediglich eine Ermahnung hatte der Richter übrig. In dessen sprach er vom "vorsichtigen Umgang mit Fremdenfeindlichkeit" gerade, weil sie als Bundeswehrsoldaten das Image der Bundesrepublik schädigen können. Fremdenfeindlichkeit ja, aber bitte nicht zu Lasten des Images der Republik, des Landes oder des Städtchens. Damit steht das Arnstädter Amtsgericht nicht alleine da, diese Herangehensweise ist bedauerlicherweise scheinbar allgegenwärtig.

(Un-)Gelöste Probleme

Mit den Worten „Das Problem hat sich ja einigermaßen gelöst.“ verwies Thomas Schulz (Extremismusexperte vom Verfassungsschutz Thüringen) am 06. Februar auf das Nazizentrum „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel, dessen Bewohner ja nun beinahe komplett nach Ballstädt gezogen sind. Diese Worte von Schulz sind der blanke Hohn für alle Opfer aus Ballstädt sowie alle anderen Opfer von rechter Gewalt. Und genau hier liegt das Problem: es geht vordergründig nicht darum wo die Nazis wohnen sondern, dass es sie überhaupt gibt. Dort wo Neonazis ihre Propaganda verbreiten, Menschen angreifen und Angstzonen etablieren ist Widerstand mehr als nur angebracht – Widerstand ist notwendig. Solange aber der gesellschaftliche Nährboden bestehen bleibt, bleiben uns leider auch die Nazis erhalten. In einer Gesellschaft, welche die Nazis akzeptiert, solange sie nicht neben an wohnen, wird sich nichts verändern. Selbst wenn die Ballstädter Allianz gegen Rechts Erfolg haben sollte, und die Nazis aus dem „gelben Haus“ vertreiben wird, dann ziehen die eben 20km weiter ins nächste Dorf. So werden keine Probleme gelöst, sondern lediglich verschoben. Eine weitere Frage drängt sich unweigerlich auf: Auf welcher Seite würden die Menschen stehen, wenn anstatt eines Nazihauses, eine Flüchtlingsunterkunft im Ort entstehen würde? Leider kann nicht ausgeschlossen werden, dass aus denselben vermeintlichen Nazigegegnern auf einmal „besorgte“ deutsche Wutbürger werden würden, wie es in Greiz der Fall ist.

Die Konsequenz dessen kann und muss eine aktive und solidarische antifaschistische Haltung gegen den Naziterror und den alltäglichen Rassismus sein. Doch dies setzt unweigerlich eine Kritik an den Verhältnissen voraus die die Nazis hervorbringt. Kurz gesagt eine linke, jedoch nicht regressive, Kapitalismuskritik. Wir kämpfen für ein solidarisches Miteinander aller Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung, Hautfarbe oder Herkunft. Für eine Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung und Zurichtung.

**DEN ANTIFASCHISTISCHEN SELBSTSCHUTZ ORGANISIEREN!
GEGEN NAZITERROR UND ALLTÄGLICHEN RASSISMUS!**